

DIE MORIA-KATASTROPHE - FOLGE EINER GEWOLLTEN POLITIK DER ABSCHOTTUNG, AUSGRENZUNG UND ABSCHRECKUNG

09. September 2020



Heute Nacht sind im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos an mehreren Stellen Feuer ausgebrochen. Zwischenzeitlich stand fast das ganze Lager in Flammen. Nach Angaben der griechischen Regierung ist der Großbrand mittlerweile weitgehend unter Kontrolle – zurück bleibt fast völlige Zerstörung.

Laut griechischen Medien soll es keine Verletzten oder Tote geben – Bewohner*innen des Camps berichten hingegen von vielen Toten und tausenden Obdachlosen. Die Bilder und Videos, die über die sozialen Medien verbreitet werden, sind mehr als erschreckend.

Folge einer Politik der Abschottung, Ausgrenzung und Abschreckung

„Diese Katastrophe ist die Folge einer gewollten Politik der Abschottung, Ausgrenzung und Abschreckung.“ so Michael Richter, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Sachsen und Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen. Seit Jahren predigen Hilfsorganisationen, dass die Elendslager auf den griechischen Inseln evakuiert werden müssen, in denen die Menschen unter menschenunwürdigsten Bedingungen festgehalten werden. „Wir haben eine humanitäre Katastrophe billigend in Kauf genommen.“ fügt Michael Richter hinzu.

Seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie hat sich die ohnehin unhaltbare Lage weiter verschärft. Die Lager wurden weitgehend abgeriegelt und Hilfsorganisationen mussten ihre Unterstützung teilweise einstellen oder zumindest einschränken.

Genau eine Woche ist es her, dass der erste Corona-Fall in Moria bekannt wurde. Reagiert wurde

mit einem noch schärferen Lockdown: zwei Wochen lang sollte niemand das Camp mehr verlassen dürfen. Die Zahl der Infektionen stieg rasant, so waren laut Informationen von „Stand By Me Lesvos“ am Montag 116 Fälle registriert.

Europa und Deutschland haben versagt!

Seit Jahren unterstützen wir Staaten wie Griechenland, Italien, Malta und Spanien mit der Flüchtlingsaufnahme ungenügend, mit der Konsequenz, dass die Bedingungen für Geflüchtete sich mehr und mehr verschlechtern haben. Wir verstecken uns hinter der Notwendigkeit einer „europäischen Lösung“. Dabei ist es doch genau diese „europäische Lösung“, u.a. in Form der Dublin-III-Verordnung und des EU-Türkei-Deals, die maßgeblich für die menschenunwürdigen Zustände an den EU-Außengrenzen verantwortlich ist. Leidtragende sind die Menschen, die in den Lagern ausharren müssen – nachdem sie vor Krieg, Gewalt und der Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen fliehen und sich auf lebensbedrohlichen Wegen nach Europa durchschlagen mussten.

Hilfsbereitschaft der Länder und Kommunen wurde von der Bundesregierung unterlaufen!

Kein einziger Mensch sollte diese Erfahrungen machen müssen, mindestens 2.100 von ihnen wäre dieses Desaster definitiv erspart geblieben, wenn die Bundesregierung sich nicht hinter ihrer Blockadehaltung verschanzt, sondern die Aufnahmezusagen der Länder in Anspruch genommen und sich den Landesaufnahmeprogrammen von Berlin und Thüringen nicht in den Weg gestellt hätte. Neben ganzen Bundesländern haben sich hunderte Kommunen zur Aufnahme bereit erklärt.

Auch der Freistaat Sachsen sowie sächsische Kommunen haben ihre Unterstützung bei der Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen aus Griechenland in den vergangenen Wochen bekräftigt. „Anlässlich des diesjährigen Weltflüchtlingstages haben die Verbände und Einrichtungen der sächsischen Wohlfahrtspflege Ihre Unterstützung dafür angeboten.“, so Michael Richter.

Zur Wahrung der christlichen und humanitären Werte sowie der internationalen Solidarität müssen nun endlich die Wege für die Hilfsbereitschaft anderer von Seiten der Regierungskoalition freigemacht werden!

Ansprechpartner im Paritätischen Sachsen:

Hendrik Kreuzberg

Referent Migration/ Projektleiter Interkulturelle Öffnung und Diversität

Vorsitzender Fachausschuss Migration der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen

0351 - 828 71 145

[hendrik.kreuzberg\(at\)parisax.de](mailto:hendrik.kreuzberg(at)parisax.de)

